

# **Vision Freiburg**

## **Politisches Programm 2006-2011**

Verabschiedet durch den Parteikongress der CVP Freiburg  
am 3. Dezember 2005 in Neyruz.



**Christlich-demokratische Volkspartei des Kantons Freiburg**

# INHALTSVERZEICHNIS

<b>Eine solidarische Gesellschaft und eine lebendige Demokratie .....</b>	<b>Seite 3</b>
<b>Unsere Vision für einen modernen und dynamischen Kanton.....</b>	<b>Seite 4</b>
<b>Für ein wirtschaftliches Wachstum zur Erhaltung der Arbeitsplätze.....</b>	<b>Seite 5</b>
<b>Für eine erfüllte Familie als Grundlage der Gesellschaft.....</b>	<b>Seite 7</b>
<b>Für eine leistungsstarke und zweckmässige Bildung.....</b>	<b>Seite 9</b>
<b>Für gesunde Finanzen und gemässigte Steuern.....</b>	<b>Seite 11</b>
<b>Für vollständige und dauerhafte Infrastrukturen.....</b>	<b>Seite 12</b>
<b>Für die Achtung unserer Umwelt.....</b>	<b>Seite 13</b>
<b>Für eine zukunftsgerichtete und konsumentennahe Landwirtschaft.....</b>	<b>Seite 14</b>
<b>Für eine sichere und gastfreundliche Gesellschaft.....</b>	<b>Seite 15</b>
<b>Für eine Eingliederung der Ausländer in gegenseitigem Respekt.....</b>	<b>Seite 16</b>
<b>Für eine Gesundheitspolitik zum Wohle der gesamten Kantons- bevölkerung.....</b>	<b>Seite 17</b>
<b>Für bürgernahe Institutionen.....</b>	<b>Seite 18</b>

## EINE SOLIDARISCHE GEMEINSCHAFT UND EINE LEBENDIGE DEMOKRATIE

Die Christlich-demokratische Volkspartei des Kantons Freiburg (hiernach: die Partei) setzt sich für das Gemeinwohl der Bürgerinnen und Bürger des Kantons ein, indem sie alles daran setzt, ihnen die besten Voraussetzungen für ihre **Entfaltung** zu gewährleisten. Sie verpflichtet sich über die gesamte neue Legislaturperiode hin, **ausgeglichene Lösungen** zu erarbeiten, die den Begebenheiten des Kantons entsprechen und nicht von extremistischem Gedankengut getragen werden, welches die Freiburger Politik nur blockieren würde.

Die politische Aktion der Partei gründet somit auf einer **christlichen Anschauung** des Menschen und der Gesellschaft. Sie wird von den daraus entspringenden universellen Werten getragen. Die Menschenwürde ist unantastbar und untrennbar. Ihre Achtung zeugt von der zentralen Stellung, welche der Mensch für die Partei einnimmt.

**Freiheit und Verantwortung** sind die wesentlichen Werte, welche die Freiburger bewegen. Wir setzen uns für ein Gleichgewicht zwischen persönlicher Freiheit und Solidarität als Garantin für soziale Gerechtigkeit ein. Mann und Frau leben traditionsgemäss in vielen (familiären, religiösen, kulturellen, assoziativen, usw.) **Gemeinschaften**; wir wollen deren Vermittlerrolle unterstützen und verstärken. Sie geben der Gesellschaft Halt und erlauben es jedem Einzelnen, sich zu verwirklichen. Sie sind auch ein starkes Gegengewicht zum Hang der modernen Gesellschaften hin zu Individualismus und Globalisierung.

Die politische Aktion der Partei respektiert das **Subsidiaritätsprinzip**. Untergeordnete Instanzen, ob privat oder öffentlich, müssen ihre Aufgaben ungehindert erfüllen können. Die Partei setzt sich deshalb für einen **kooperativen und dynamisierenden Föderalismus** ein. Wir fördern eine dauerhafte Entwicklung, indem wir wirtschaftliches Wachstum und Wahrung der Natur unseres Kantons respektvoll abwägen. Wir treten für eine offene und solidarische Freiburger Gemeinschaft zum Wohl Aller ein.

## UNSERE VISION FÜR EINEN MODERNEN UND DYNAMISCHEN KANTON

Die Partei will eine **Vorreiterrolle** einnehmen für eine innovative und nachhaltige Entwicklung des Kantons. Unsere Partei ist ein glaubwürdiger und bedeutender **Gesprächspartner** gegenüber **allen Bevölkerungsschichten der Freiburger Gesellschaft**. Wir verpflichten uns dazu, durch Konsens realistische Lösungen zu finden. Da wir den Bürgerinnen und Bürgern nahe stehen, kennen wir ihre Sorgen und Bedürfnisse. Wir erarbeiten ein solides und fundiertes Programm aus, welches den Dialog zwischen den Generationen fördert und eine **hohe Lebensqualität** gewährleistet.

Unsere **Vision** für die Zukunft stützt sich auf zwei Achsen, nämlich eine **Verstärkung der wirtschaftlichen Stellung** des Kantons Freiburg und die **Beibehaltung einer hohen Lebensqualität** für die zukünftigen Generationen.

Zur Bewältigung dieser zwei grossen Herausforderungen unterstützt die Partei eine Reihe von Massnahmen, die in diesem Programm vorgestellt werden. Insbesondere befürworten wir die Entwicklung einer **innovativen Wirtschaft**, eine harmonische Entfaltung aller **Familien**, einen Ausbau des **Berufsbildungssystems**, die Gewährleistung von **gesunden Finanzen** und einer **zumutbaren Steuerbelastung**, eine Konsolidierung unserer **Infrastrukturen** sowie eine bessere interkantonale Zusammenarbeit. Unsere Partei setzt sich ebenfalls für eine nachhaltige Entwicklung von Wirtschaft, Sozialwesen und Umwelt ein. Wir fördern eine angemessene und ausgewogene Nutzung der Energiequellen. Schliesslich verteidigen wir die Interessen des Individuums unter Berücksichtigung eines globalen Menschenbildes.

Der Präsident:  
Emanuel Waeber

Der Vizepräsident:  
Jean-Pierre Siggen

# FÜR EIN WIRTSCHAFTLICHES WACHSTUM ZUR ERHALTUNG DER ARBEITSPLÄTZE

## ZIELE

- **Schaffung neuer Arbeitsplätze durch Erhalt und Ansiedlung von Unternehmen**, insbesondere solcher mit hohem Mehrwert, sowie die Aufstellung von unternehmensfreundlichen Rahmenbedingungen.
- Vorrang der **sozialen Partnerschaft** vor staatlichem Interventionismus.
- Eine bessere **wirtschaftliche Kohäsion** des Kantons, die sich auf ein regionales Gleichgewicht stützt.

## AUSFÜHRUNGEN

Wir setzen uns für ein **liberales und soziales Marktwirtschaftskonzept** ein. **Liberal**, weil es auf Konkurrenz als eigentliches Prinzip für Wachstum gründet. **Sozial**, weil Konkurrenz und Wirtschaftsproduktion kein Ziel für sich, sondern ein Mittel in Händen des Menschen sind, damit er die für seine Verwirklichung nötigen materiellen Voraussetzungen schaffen kann. Der Wirtschaftsgeist soll zum **Gemeinwohl** und nicht allein zu persönlichem Gewinn beitragen. Die in unserem Land – und insbesondere in Freiburg – erarbeiteten Errungenschaften dienen auch zur Unterstützung von hilfsbedürftigen Personen und Familien, ohne jedoch diesen ihre Verantwortung in der Gemeinschaft abzunehmen, und ohne ihre persönliche Freiheit durch staatlichen Interventionismus einzuschränken.

**Unternehmergeist und Initiative** sind Grundlagen für eine dynamische und erfolgreiche Wirtschaft, welche wiederum allein den Fortbestand des Sozialsystems gewährleistet. Wir unterstützen die Einrichtung von günstigen Rahmenbedingungen für die Gründung von Unternehmen sowie für deren Niederlassung, insbesondere solcher mit grossem Mehrwert. Zu diesem Zweck setzen wir uns dafür ein, die auf den Unternehmen und vor allem auf den KMU lastenden **Verwaltungskosten abzubauen**. Wir bemühen uns auch um eine Vereinfachung und Erleichterung der Zulassungsverfahren. Wir bestehen auf Beibehaltung einer qualitativ hoch stehenden **Wirtschaftsförderung** und einer guten Koordination zwischen den Amtsstellen zur Vereinfachung der Zulassungsverfahren bei Unternehmensgründungen. Wir unterstützen eine Verstärkung von Anreizen, die Unternehmensgründungen und somit die Schaffung neuer Arbeitsplätze erleichtert.

Wir unterstützen den **Technologietransfer** zu Unternehmen und KMU. Wir verlangen eine bessere Koordination zwischen Universität, Hochschulen und Wirtschaft.

Wir fordern Kanton und Gemeinden dazu auf, **im Bereich der Industriezonen eine aktivere Rolle zu spielen**, um die Ansiedlungsbedingungen neuer und den Ausbau bestehender Unternehmen zu verbessern. Wir unterstützen die **Beibehaltung einer auf die regionalen Entwicklungspole gezielten Regionalpolitik**.

Wir unterstützen die Anwendung von **begleitenden Massnahmen** im Kanton Freiburg; wir verlangen insbesondere eine bessere Koordination der verschiedenen Kontrollmittel auf dem Arbeitsmarkt, sowie einen vielseitigeren Einsatz der jetzigen Inspektoren (zwischen Arbeitsinspektion, Marktaufsicht, Kampf gegen Schwarzarbeit, Kontrollen zur Sicherheit auf dem Arbeitsplatz, Kontrollen zur Abfallverwaltung).

Wir unterstützen die Entwicklung von **flexibleren Arbeitsmarktbedingungen**, wir befürworten die Festlegung von Jahresarbeitszeiten und ermuntern die Unternehmen, Sozialpläne zu erstellen.

Wir unterstützen die Bemühungen der **Sozialpartner**, Arbeitgeber und Gewerkschaften, gemeinsam ausgehandelte Arbeitsbedingungen einzurichten, die den Unternehmen genügend Spielraum lassen, um sich auf dem Markt zu behaupten und den Arbeitnehmern ermöglichen, ein würdiges Leben zu führen, und ihren Kindern eine gute Ausbildung zu gewährleisten. Wir fördern den Abschluss von Gesamtarbeitsverträgen (GAV) sowie ihre Ausweitung auf kantonaler Ebene.

## **AKTIONEN**

- Errichtung eines **SEED CAPITAL Fonds** (Startkapitalfond) in Form einer Stiftung. Beteiligte sind Kanton, Gemeinden, Private. Der Fond soll primär Freiburger Projekte sowie andererseits nicht oder nur wenig unterstützte Kleinprojekte fördern. Der Fonds könnte mit einem Anteil der Steuereinnahmen von juristischen Personen geäufnet werden.
- Prüfung anderer Unterstützungsformen, wie zum Beispiel zinslose Darlehen, und deren Einführung im Rahmen der zu verstärkenden Massnahmen. Die mögliche Übernahme des **Bonny-Beschlusses** in die regionale Kantonspolitik muss analysiert und gegebenenfalls ausgeführt werden.
- Der Kanton soll in Zusammenarbeit mit den Gemeinden eine im Bereich der Industriezonen aktivere **Grundstückspolitik** führen, um die Bedingungen der Unternehmen zu verbessern und deren Ansiedlung zu erleichtern.

# FÜR EINE ERFÜLLTE FAMILIE ALS GRUNDLAGE DER GESELLSCHAFT

## ZIELE

- Eine **harmonische Entfaltung** aller Familien.
- Die Verwirklichung einer besseren **Vereinbarkeit** zwischen Familien- und Berufsleben.
- Eine **Jugendpolitik**, die eine verantwortungsbewusste Entwicklung fördert.
- Ein verständnisvolles **Zusammenleben zwischen den Generationen**.
- Eine aktivere **Geburtenförderungspolitik**.

## AUSFÜHRUNGEN

Die **Familiengemeinschaft** bildet den Kern der Freiburger Gesellschaft. Sie ist wesentlich und unersetzbar. Sie gewährleistet die Erziehung der Kinder und überliefert Ihnen insbesondere die menschlichen und gesellschaftlichen Grundwerte. Sie ermöglicht den Kindern, selbständige, erwachsene und verantwortungsbewusste Personen zu werden. Die Familie trägt in entscheidendem Masse zur sozialen Stabilität und zur Verwirklichung des Gemeinwohls bei. Sie ist auch Bindeglied zwischen den Generationen. Wir fördern eine **harmonische Entwicklung** der Familie. Wir verpflichten uns, alle nötigen Massnahmen zu unterstützen, die es den Familien in Schwierigkeiten erlauben, ihre erzieherische und gesellschaftliche Aufgabe zu erfüllen und so ihren zentralen Platz als Ort der Entfaltung, der Geborgenheit und der Zuneigung beizubehalten.

Wir tragen dazu bei, dass eine bessere **Vereinbarkeit zwischen Familien- und Berufsleben** verwirklicht werden kann. Damit diese Anpassung nicht auf Kosten der Kinder stattfindet, unterstützen wir eine Erhöhung des Angebots an Kinderhorten ohne wesentliche Kostensteigerung. Wir fördern die Harmonisierung der Stundenpläne und das Angebot an ausserschulischer Betreuung. Wir unterstützen die berufliche Wiedereingliederung und die Weiterbildung von Erwachsenen, insbesondere der Frauen, die ihre Berufskarriere für die Kindererziehung unterbrochen haben. Schliesslich setzen wir uns für eine bessere Anerkennung der Erziehungsarbeit und für eine gerechtere Aufgabenverteilung innerhalb der Familie ein.

Wir treten ein für eine Verstärkung des **Jugendschutzes**. Die Jugendlichen haben insbesondere ein Anrecht auf Schutz ihrer körperlichen und psychischen Integrität, sowie auf einen Lebensraum, der ihnen eine harmonische Entwicklung sichert. Wir verlangen auch eine bessere Unterstützung von Eltern und Schule zur Bekämpfung des Konsums von abhängig machenden Produkten (Drogen, Alkohol, Tabak). Wir unterstützen die Präventivmassnahmen zu Gunsten der Jugend und fördern die Freiwilligenarbeit.

Wir wollen die **Beziehungen zwischen den Generationen** verstärken und fördern insbesondere den Verbleib betagter Personen in ihrem zu Hause, indem zum Beispiel die jungen Generationen besser in der Begleitung von hilfsbedürftigen Menschen ausgebildet werden. Wir wollen auch die älteren Generationen für die Sorgen der Jugendlichen sensibilisieren. Wieso nicht die Einrichtung eines Kindergartens in einem Altersheim? Wir raten zur Entwicklung von gemischten Wohnformen, die auf freiwilliger Basis beruhen.

Wir wollen Massnahmen zur **Geburtenförderung** unterstützen. Insbesondere soll die Arbeitszeitaufteilung zwischen Mann und Frau erleichtert und die Beiträge an Familien, in denen beide Ehepartner aus wirtschaftlichen Gründen arbeiten müssen, gezielter eingesetzt werden. Im Bereich der Raumplanung soll eine familienfreundlichere Wohnungspolitik entwickelt werden.

## **AKTIONEN**

- Die Einrichtung eines **Familienschalters** zur Vereinfachung der Verfahren und zur erleichterten Lösung von schwerwiegenden Problemen, die das Familienleben belasten.
- Die Einführung eines **Familienerziehungsprojekts**, das sich an die Eltern richtet.
- Eine Verbesserung der **staatsbürgerlichen Erziehung** der Jugend, die sich in Ausbildung befindet, sowie eine bessere Vorbereitung auf das Berufsleben unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Begebenheiten.
- Entwicklung von **gemischten Wohn- und Lebensformen**, zum Beispiel durch Einrichtung von Kindergärten in Altersheimen.
- Die Einführung von **Quartirräten** zur Verstärkung der Freundschaftsnetze und damit zur Entwicklung einer gemeinschaftlichen Bewältigung persönlicher Probleme.

# FÜR EINE LEISTUNGSSTARKE UND ZWECKMÄSSIGE BILDUNG

## ZIELE

- Sicherung einer **guten Schulausbildung** auf allen Stufen. Förderung einer Schule, die den Erfolg aller Schüler anstrebt, unter Berücksichtigung der Fähigkeiten jedes Einzelnen.
- Unterstützung der Gewährung von **Ausbildungsstipendien**, die es jedermann (auch Erwachsenen) ermöglichen, seine Fähigkeiten zu verbessern und einzusetzen.
- Förderung des **Dualsystems** der Berufsbildung, insbesondere im Hinblick auf den Vollzug des neuen Bundesgesetzes.
- Unterstützung der Bemühungen der Universität und Hochschulen, **erstklassige Ausbildungsstrukturen** anzubieten, und Förderung von Synergien zwischen diesen Institutionen.

## AUSFÜHRUNGEN

Wir unterstützen und fördern die Bemühungen im Bildungswesen. Die Verwirklichung des Menschen setzt in der Tat eine anspruchsvolle und zugleich menschliche Bildung voraus, um der Jugend eine möglichst gute **Eingliederung in das soziale und berufliche Leben** zu gewährleisten. Die Grundausbildung, die solide Allgemeinkenntnisse beinhaltet, sowie die Spitzenforschung stellen Mehrwerte für Gesellschaft und Wirtschaft dar. Wir setzen uns ein für die Erleichterung des Zugangs zu einer guten Ausbildung für Jedermann mittels angepassten Bildungsstipendien. Ausserdem erachten wir die Bildung als wesentliche Rahmenbedingung zur Problembewältigung im Zusammenhang mit Vergehen und Gewalt.

Wir stehen für ein Schulsystem ein, welches auf der **christlichen Konzeption des Menschen** und auf dem Respekt seiner Grundrechte basiert. Wir anerkennen das Recht der offiziellen Kirchen auf Erteilung eines konfessionellen Unterrichts und unterstützen die Einführung eines Ethikfachs für Schüler, die vom Religionsunterricht dispensiert sind; die Integration aller Schüler setzt auch die Anerkennung von gemeinsamen Werten voraus.

Wir begrüssen die Möglichkeit einer **frühen Schuleingliederung** der Kinder. Wir sprechen uns für die Beibehaltung der Schulnoten aus. Wir fördern eine auf die pädagogischen Standards abgestützte interkantonale Harmonisierung zugunsten der Koordination der Bildungsstufen in der Schweiz und einer besseren Anpassung bei Wohnsitzwechsel.

Die **Zweisprachigkeit** ist zweifellos ein Trumpf für unseren Kanton; deshalb werten wir das Erlernen der Partnersprache als Priorität (d.h. Hochdeutsch!) und begrüssen die Einrichtung von Sprachaustauschen. Wir unterstützen den Zugang zu einer zweiten Fremdsprache. Wir wünschen uns, dass sich die **Lehrpersonen** während ihrer gesamten Laufbahn weiterbilden und ihre Ansprüche gegenüber ihren Schülern hochhalten.

Wir unterstützen die Einrichtung von Lehrstellen, insbesondere durch Verminderung der administrativen Lasten, welche die Arbeit der Ausbilder erschweren. Wir unterstützen die **Unternehmensvernetzung** zum Zweck einer erleichterten Anstellung von Lehrlingen durch Kleinunternehmen. Wir verteidigen die Beibehaltung des kantonalen Berufsbildungsfonds zugunsten der ausbildenden Unternehmen.

Bildung und Forschung stärken die **Innovationskraft** unseres Kantons. Freiburg muss seinen heutigen Stand in der Schweiz als Kompetenzzentrum beibehalten, sowohl im Bereich der beruflichen und technischen Ausbildung als auch im Universitätswesen. Wir setzen uns für eine qualitativ hoch stehende, international konkurrenzfähige und national koordinierte Tertiärausbildung ein. Die Aufwertung der wissenschaftlichen Forschung und die Wissensvermittlung bilden fundamentale Aufgaben und müssen im Rahmen der Hochschulaktivitäten gefördert werden.

### **AKTIONEN**

- Entwicklung der **Zweisprachigkeit** auf allen Schulstufen.
- Vorschlag von durchlässigen **Studiengängen**.
- Rasche Einführung eines **zweiten Kindergartenjahres**.
- Koordination der Aktivitäten zwischen der **Universität und den Freiburger Hochschulen**.
- Freistellung von Mitteln zur Erhaltung einer erstklassigen **Universität und Hochschulen**.
- Vorbeugung von **Gewalt** und Drogenabhängigkeit.
- Unterstützung der **Vorlehre**.
- Förderung einer **permanenten Weiterbildung**.
- Förderung der Schaffung von **Lehrstellen**.

# FÜR GESUNDE FINANZEN UND GEMÄSSIGTE STEUERN

## ZIELE

- Erleichterung der Steuerlast, insbesondere für **Familien**. Diese Besteuerung soll dem schweizerischen Durchschnitt entsprechen.
- eine **Steueranpassung** zugunsten der Unternehmen, um die Attraktivität für neue Niederlassungen zu steigern, insbesondere durch Verminderung der Folgen einer Doppelbesteuerung.
- Eine Lastensenkung im Zusammenhang mit der **Nachfolgeregelung** bei Unternehmen.
- Eine koordinierte und auf den **Steuerausgleich** zwischen den Kantonen und den Gemeinden ausgerichtete Steuerpolitik.

## AUSFÜHRUNGEN

Der Kanton Freiburg befindet sich in einer beneidenswerten finanziellen Situation. Die öffentliche Verschuldung hält sich in Grenzen und die zur Ausgabenverminderung eingesetzten Mechanismen funktionieren. Wir sind gegen Ausgaben, die dem derzeit guten Steuerklima entgegenwirken. Hingegen ist unser Kanton im Bereich Einkommens- und der Vermögenssteuer Klassenletzter. Freiburg bezahlt im Vergleich zu den anderen Kantonen eine wesentlich höhere Kantonssteuer. Wir unterstützen eine Steuererleichterung für **Familien des Mittelstandes**. Die zugunsten der natürlichen Personen ergriffenen Massnahmen genügen nicht, um den Kanton dem Schweizer Durchschnitt näher zu bringen. Wir unterstützen auch die auf Kantonsebene eingeleiteten Bemühungen für eine nicht diskriminierende Besteuerung zwischen verheirateten und in Konkubinat lebenden Paaren.

Wir setzen uns ein für eine Erleichterung der Steuerlast für **juristische Personen**. So unterstützen wir das eidgenössische Reformprojekt für die Unternehmensbesteuerung, welches eine Reduktion der wirtschaftlichen Doppelbesteuerung auf Gewinnen und Dividenden anstrebt. Es gilt auch, die Nachfolge im Bereich der KMU steuerlich zu erleichtern. Wir sind für eine gewisse Erleichterung der Besteuerung von Liquidationen sowie von Liegenschaftsübertragungen von Unternehmen in den Privatbesitz.

Gesunde Staatsfinanzen hängen von den Aufgaben ab, die der Staat wahrzunehmen hat. Die neue Reform zum **Finanzausgleich** und zur **Aufgabenverteilung** verändert das Gleichgewicht zwischen Kanton und Bund massgebend. Dies wird sich ebenfalls auf die Aufgabenverteilung zwischen Kanton und Gemeinden auswirken. Deshalb ist eine neue Festlegung dieser Verteilung nötiger denn je. Unter Berücksichtigung dieser Tatsachen engagieren wir uns für eine ausgewogene Verteilung, die den Möglichkeiten der Gemeinden resp. des Kantons Rechnung trägt. Verantwortlichkeiten und Finanzierung müssen klar festgelegt werden.

## AKTIONEN

- Fortführung der jetzigen Politik, in welcher eine **Steuererleichterung** für natürliche und juristische Personen Priorität hat, unter Bewahrung der gesunden Finanzlage des Staates.
- Gesamtanalyse des Steuer- und Abgabensystems mit dem Ziel, das bestehende System zu vereinfachen und die "**Steuergerechtigkeit**" zu verbessern.
- **Vereinfachung der Steuerverwaltungsabläufe** und Verwendung der damit erreichten Einsparungen für die Schaffung eines besseren Steuergleichgewichts.
- Gesamtanalyse der Aufgaben von Staat und Gemeinden und Ausarbeitung eines generellen Projekts für eine **ausgewogene Aufgabenverteilung** zwischen Staat und Gemeinden.

# FÜR VOLLSTÄNDIGE UND DAUERHAFT INFRASTRUKTUREN

## ZIELE

- Sicherstellen von **nachhaltigen Infrastrukturen**, die den Interessen der Bevölkerung, der Wirtschaft und der Umwelt dienen.
- Sicherstellen des **Zugangs zur Mobilität** und der **Wahlfreiheit** des Transportmittels für die gesamte Bevölkerung.

## AUSFÜHRUNGEN

Ein gut ausgebautes Verkehrsnetz trägt zur **wirtschaftlichen Entwicklung** des Kantons und zur **Entfaltung der Bevölkerung** bei. Wir setzen uns ein für eine rasche Verwirklichung des **Freiburger Strassennetzes**. Wir unterstützen Massnahmen zur Lösung und Vermeidung von Verkehrsproblemen.

Wir unterstützen den Ausbau eines leistungsfähigen **öffentlichen Verkehrsnetzes**, die in Ausgewogenheit den sozialen, wirtschaftlichen und umweltnahen Bedürfnissen entsprechen. Wir messen sowohl den Bedürfnissen der Benutzer als auch der Sicherstellung einer angepassten Verkehrsinfrastruktur eine grosse Bedeutung bei. Wir unterstützen den **Wandertourismus** und verlangen den angemessenen Ausbau des Fuss- und Wanderwegnetzes.

Um dem Mobilitätsbedürfnis der Bevölkerung gerecht zu werden, propagieren wir eine **Komplementarität und Kombination** der Arten (Strasse, Schiene) und der Mittel (Fahrzeug, Bus, Fahrrad) der verschiedenen Transportmöglichkeiten. Zur Zielerreichung sind entsprechende Mittel und Möglichkeiten für die verschiedenen Transportarten einzusetzen.

Seit mehreren Jahrzehnten nimmt die Mobilität immer mehr zu. Es ist unabdingbar, dass sich diese Entwicklung in eine tragbare und verantwortungsvolle Richtung bewegt. Wir unterstützen eine **Raumplanung**, die den sozialen, wirtschaftlichen und umweltgerechten Bedürfnissen Rechnung trägt. Wir unterstützen Massnahmen, die zur Reduktion von Unfällen, Verschmutzung und Lärm beitragen.

## AKTIONEN

- Realisierung eines generellen **Tarifverbunds** zur Förderung des Modalverkehrs im ganzen Kanton und einbezüglich der waadtländischen Broye. Unterstützung der **tpf** als effizientes kantonales Transportunternehmen und Sicherstellung attraktiver Preise für die Benützung des öffentlichen Verkehrs.
- Entwicklung einer verbesserten **Koordination** zwischen den verschiedenen Verkehrsarten insbesondere zur Förderung von Parkingmöglichkeiten (Park & Ride) im Zentrum oder in der Peripherie von Agglomerationen.
- Rasche Verwirklichung der geplanten **Umfahrungsstrasse von Bulle** und Realisierung ab 2008/09 des Projektes **Proyabrücke**. Verbesserung des Verkehrsflusses.
- Aufrechterhaltung einer guten **Transportinfrastruktur**. Ausbau von Begegnungszentren in den Bereichen **Kultur und Sport** sowie von Infrastrukturen für den **Wandertourismus**.
- Unterstützung der Bemühungen zur Erleichterung des Zugangs zu öffentlichen Gebäuden für **behinderte Personen**.
- Sicherstellen der Bedürfnisse des Kantons Freiburg auch nach dem **Übergang der Nationalstrassen** an den Bund (voraussichtlich ab 1.1.2008).

# FÜR DIE ACHTUNG UNSERER UMWELT

## ZIELE

- Achtung des Umweltschutzes in Verbindung mit einer **nachhaltigen Entwicklung**.
- Eine **systematischere Information** über den Umweltschutz, insbesondere in den Schulen und Unternehmen.

## AUSFÜHRUNGEN

Es ist festzuhalten, dass sich viele Umweltfragen nicht auf unseren Kanton - und auch nicht auf die Schweiz – beschränken (Klima-Problematik). Dennoch unterstützen wir aktiv die „nachhaltige Entwicklung“, welche in der Bundes- und in der neuen Kantonsverfassung verankert ist, sowie die von unserem Land eingegangenen internationalen Verpflichtungen.

Ebenfalls unterstützen wir die Einrichtung von Umweltschutzmassnahmen nach dem **Verursacherprinzip**.

Die **umweltpolitische Herausforderung** besteht im Klimaschutz sowie im haushälterischen Umgang mit den Ressourcen im allgemeinen und mit den nicht erneuerbaren Energien im besonderen.

Den Klimaschutz betreffend unterstützen wir aktiv die Verpflichtungen, die unser Land im Rahmen des **Kyoto-Protokolls** und des Vollzugs des CO<sub>2</sub>-Gesetzes eingegangen ist.

In der Energiepolitik unterstützen wir gemäss Bundesverfassung eine unseren Ansprüchen genügende, diversifizierte, sichere, wirtschaftlich optimale und umweltgerechte **Energieversorgung** sowie einen sparsamen und vernünftigen Energieverbrauch.

## AKTIONEN

- Die Förderung der Herstellung von **Wärmeenergie** mit einheimischem Holz und die Wiederverwertung von Energie, die aus der Abfallverbrennung gewonnen wird.
- Förderung der **Erd- und Solarenergie** für die Heizung und die Aufbereitung von Warmwasser bei öffentlichen und privaten Neubauten).
- Eine **bessere Information** der Öffentlichkeit über die Energiesparmöglichkeiten und die Verminderung von Verschmutzung, Abfällen sowie Abgasen mit Treibhauseffekt. Besondere Aufmerksamkeit gilt dabei den Schulen und den Unternehmen.
- Durchsetzung von strengeren Massnahmen zur Verminderung von **Lärmimmissionen**.
- Verstärkte Unterstützung der lokalen Organisationen "**Agenda 21**".

# FÜR EINE ZUKUNFTSGERICHTETE UND KONSUMENTENNAHE LANDWIRTSCHAFT

## ZIELE

- Ein für die Bedürfnisse der Landwirtschaft ausreichender **Budgetrahmen**.
- Unterstützung einer **bauernfamilienfreundlichen** Landwirtschaftspolitik.
- Gewährleistung der **Nahrungssicherung**.

## AUSFÜHRUNGEN

Angesichts der Bedeutung der Landwirtschaft für die Landschaftserhaltung sowie der gesellschaftlichen, kulturellen und wirtschaftlichen Rolle des Nahrungsherstellungssektors verlangen wir, dass der **Budgetrahmen** an die Lebenskosten angepasst wird, und damit die Finanzierung der Leistungen sowie eine gute Lebensqualität gewährleistet werden können. Der Budgetrahmen soll auch die Multifunktionalität, den Landschaftsunterhalt sowie die Diversifikation und die Entwicklung des Landwirtschaftsraums berücksichtigen.

Wir sind für die Beibehaltung der **Direktzahlungen**. Wir wollen aber auch eine Lockerung der Produktionsrahmenbedingungen; insbesondere unterstützen wir eine Überarbeitung der Raumplanung, um die Nutzungsveränderungen von ursprünglich landwirtschaftlichen Bauten zu erleichtern. Somit setzen wir uns für eine Lockerung der Hindernisse hin zu einer beruflichen Diversifikation ein.

Wir verteidigen eine auf Qualitätsproduktion gestützte Berufslandwirtschaft. Wir verlangen die Wertanerkennung der Freiburger Produkte. Weiter verlangen wir die Unterstützung der **Bauernfamilie**, die ihr Einkommen aus der landwirtschaftlichen Bewirtschaftung erlangen sollte. Wir anerkennen die Bauernfamilien als kompetente und unverzichtbare Partner im Nahrungsherstellungssektor.

Wir wollen das **Vertrauen der Konsumenten** verbessern, insbesondere durch die Förderung der Herkunftsbezeichnung (AOC, IPG). Wir setzen uns ein für eine bessere Information der Konsumenten im Bereich der Produktion, insbesondere was die Produktherkunft, die Einhaltung der Regeln und die Qualitätsstandards betrifft.

## AKTIONEN

- Förderung von Massnahmen zur **Nahrungssicherung**.
- Massnahmen zur Sicherstellung der **Leistungsfinanzierung** sowie einer guten **Lebensqualität**.
- Förderung von Massnahmen zur **Herkunftsbezeichnung** (AOC, IPG).
- Unterstützung der **Wertanerkennung** von Freiburger Produkten.

# FÜR EINE SICHERE UND GASTFREUNDLICHE GESELLSCHAFT

## ZIELE

- Beibehaltung der **Lebensqualität** durch Verminderung der sozialen Probleme.
- Unterstützung von **Vorbeuge- und Erziehungsmassnahmen** in der Bevölkerung zur Verhinderung von Gewalt zu Hause.

## AUSFÜHRUNGEN

Wir unterstützen die kantonale Ausdehnung des Projekts einer **bürgernahen Polizei**, um die Lebensqualität beizubehalten und die sozialen Probleme zu vermindern. Diese Lösung erlaubt eine Verstärkung der Überwachungsmassnahmen in sensiblen öffentlichen Räumen. Die bürgernahe Polizei hat zweifelsfrei eine abschreckende und präventive Wirkung gegenüber der Kleinkriminalität und trägt somit bei der Öffentlichkeit zu einem verstärkten Sicherheitsgefühl bei. Das im Grossraum Freiburg entwickelte Projekt einer bürgernahen Polizei muss jetzt auf andere Agglomerationen ausgedehnt werden.

Wir setzen uns ein für die Verhinderung von „Quartierghettos“ und für eine bessere **Eingliederung der Ausländer**. Es gilt auch Risikogruppen aufzudecken und sich um bereits delinquente Jugendliche zu kümmern, ohne dabei die Vorbeugemassnahmen gegenüber der Jugend im Allgemeinen zu vernachlässigen.

Wir verlangen eine schnellere Justiztätigkeit bei der Behandlung von Gesetzesverstössen. Die Verwaltungsverfahren müssen vereinfacht werden. Wir unterstützen ebenfalls eine bessere **Koordination der Polizeikräfte**, um die Effizienz zu steigern.

Wir unterstützen die Einführung von **regionalen Familienberatungsstellen**, welche die Eltern ausbilden und informieren sowie der Bewältigung von Krisensituationen zur Verhinderung einer häuslichen Gewalteskalation dienen soll.

## AKTIONEN

- Ausdehnung des Projekts einer **bürgernahen Polizei** auf den ganzen Kanton, um die Zunahme von Vergehen und Delinquenz zu verhindern.
- Einführung von regionalen **Familienberatungsstellen** zur Eindämmung der häuslichen Gewalt.
- Unterstützung der Einrichtung von **Quartierräten**.

# FÜR EINE EINGLIEDERUNG DER AUSLÄNDER IN GEGESEITIGEM RESPEKT

## ZIELE

- Unterstützung einer **besseren Integration** der Ausländer.
- Unterstützung einer **erleichterten Einbürgerung** der Ausländer.

## AUSFÜHRUNGEN

Wir wollen Integrationsprojekte unterstützen, die eine aktive **Beteiligung** der Ausländer am sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Leben des Kantons vorsehen. Wir verlangen eine gute Information der Ausländer auf Gemeindeebene, insbesondere im Zusammenhang mit ihren Rechten und unserem demokratischen System.

Wir halten jedoch auch fest, dass **Integration** auch Pflichten beinhaltet, insbesondere die Berücksichtigung der gesellschaftlichen Regeln in unserem Kanton und das Erlernen einer einheimischen Sprache.

Für die papierlosen Personen und die Asylbewerber unterstützen wir klare und schnelle Verwaltungsmassnahmen, die unserem Rechtsstaat entsprechen und auch die **Menschenwürde** respektieren. Härtefälle müssen vom Kanton individuell geprüft werden.

## AKTIONEN

- Einrichtung von **Gemeinde- und Regionalforen** zur Information der Ausländer.
- Aufbau von Strukturen, die das Erlernen einer **kantonalen Sprache** erleichtern.

# FÜR EINE GESUNDHEITSPOLITIK ZUM WOHL DER GESAMTEN KANTONSBEVÖLKERUNG

## ZIELE

- Effiziente Massnahmen in der **Gesundheitsprävention und –förderung**.
- Eine **medizinische Versorgung**, die die menschliche Würde und ethische Werte respektiert.
- **Qualitativ** hoch stehende und für alle zugängliche Leistungen im Gesundheitswesen.
- Eine wirksamere **Kontrolle der Kostenentwicklung** im Gesundheitswesen.

## AUSFÜHRUNGEN

Für uns hat die **Gesundheitsprävention und die Gesundheitsförderung** vorrangigen Stellenwert, wobei wir insbesondere unserer Jugend als Zielpublikum Priorität einräumt. Wir unterstützen deshalb Projekte und Massnahmen mit dieser Zielsetzung und im Sinne der Eigenverantwortung. Wir bekämpfen die Banalisierung im Umgang mit Suchtmitteln jeder Art.

Wir stehen ein für den Schutz des Lebens von der Geburt bis zum Tod, plädieren für **umfassende Gesundheitspflege** und eine würdige Begleitung und Betreuung bis ans Lebensende. Wir unterstützen die palliative Medizin, widersetzen uns klar einer altersbedingten Leistungsbeschränkung und jeglicher Form aktiver Euthanasie.

Wir unterstützen die Errichtung eines **Spitalnetzes**; setzen uns dafür ein, dass im ganzen Kantonsgebiet für alle der Zugang zu gleichwertiger medizinischer Versorgung garantiert wird und die sozial-medizinischen Dienstleistungen in den einzelnen Regionen koordiniert werden.

Im Sinne vermehrter **Kostenkontrolle** und **Kostenbegrenzung** setzen wir uns ein für ein adäquates und koordiniertes Angebot an medizinischen Dienstleistungen einerseits und Betreuungseinrichtungen andererseits.

## AKTIONEN

- **Rauchfreie öffentliche Gebäude**, Intensivierung der **Suchtprävention** auf allen Ebenen, Förderung gesunder Ernährung, Bekämpfung der Bewegungsarmut durch gezielte Sportförderung.
- Verstärkung der **Palliativmedizin und -pflege**.
- Aufbau von Gesundheitsnetzen (Heime, Strukturen für Tages- und Kurzaufenthalte, SPITEX usw.) in den einzelnen Regionen des Kantons mit dem Ziel, das **Verbleiben zu Hause** zu fördern.
- Vermehrte **Reduktion der Krankenkassenprämien** für eine beschränkte Wahl der Leistungserbringer und für vermehrten Rückgriff auf Generikas; bessere Transparenz bei Preisgestaltung und Rechnungslegung; Einführung eines informatisierten Patientendossiers (unter Vorbehalt des Datenschutzes).

# FÜR BÜRGERNAHE INSTITUTIONEN

## ZIELE

- Übertragung der **Verantwortung** für öffentliche Aufgaben an jene Institution, welche die Bedürfnisse der Bürger am besten wahrnimmt.
- Starke **regionale Strukturen**.
- Ausbau der **Kommunikation** zwischen den Bürgern und den öffentlichen Stellen.
- Klärung der **Aufgaben- und Lastenverteilung** zwischen Kanton und Gemeinden.
- Einführung eines neuen, wirkungsvolleren und transparenteren interkommunalen **Finanzausgleichs**.

## AUSFÜHRUNGEN

In Anwendung der Bestimmungen der Kantonsverfassung setzt sich die Partei entschlossen für die Anwendung einer **aktiven Subsidiarität** ein: so soll die Verantwortung für öffentliche Aufgaben jener kompetenten Institution übertragen werden, die dem Bürger am nächsten steht. Der Dienst am Bürger, die Wirksamkeit und die möglichen Einsparungen zwingen zur Fortsetzung des Prozesses der **Gemeindefusionen** und zur Einführung von starken regionalen Strukturen. Die Herausforderungen der Einführung starker regionaler Strukturen sind: die Vereinfachung der Verwaltung interkommunaler Dossiers, die gegenwärtig von einer Vielzahl von Gemeindeverbänden verwaltet werden, und die Koordination der Entwicklung auf der Stufe einer territorial starken und kohärenten Einheit, die über wirkliche Kompetenzen verfügt.

Die Verwicklung der Aufgaben und eine **Lastenverteilung Kanton-Gemeinden**, die das Prinzip „wer zahlt befiehlt“ nicht genügend respektiert, stellen Hindernisse für jegliche Strukturreform dar, begrenzen die Gemeindeautonomie und machen die Verteilung der Verantwortlichkeiten und der Finanzierung für den Bürger unüberschaubar. Die Partei verlangt eine Klärung der Aufgabenverteilung und eine rasche Verwirklichung der Reform des vertikalen und horizontalen Lastenausgleichs zwischen Staat und Gemeinden.

Die Partei unterstützt den Ausbau der **elektronischen Abstimmungen und Wahlen** sowie die koordinierte Einführung eines Informationssystems auf Kantons-, Oberamts- Gemeindeebene, welches den Bürgern und allen betroffenen Institutionen den Informationsaustausch und -zugang gewährt.

## AKTIONEN

- Die **Region definieren** sowie ihre Rolle und Verantwortlichkeit als territoriale Einheit.
- Neue Massnahmen zugunsten der **Gemeindefusionen** vorschlagen.
- Vorschlagen und dafür sorgen, dass das Prinzip « wer zahlt befiehlt » für den Bereich der **Aufgaben- und Lastenverteilung** Kanton-Gemeinden angewendet wird.
- Die Einführung eines neuen interkommunalen **Finanzausgleichs** vorschlagen und vorantreiben.
- Die Anwendung der **Informationstechnologien** verstärken, um die Beziehungen zwischen den Bürgern und den öffentlichen Instanzen zu verbessern.